



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

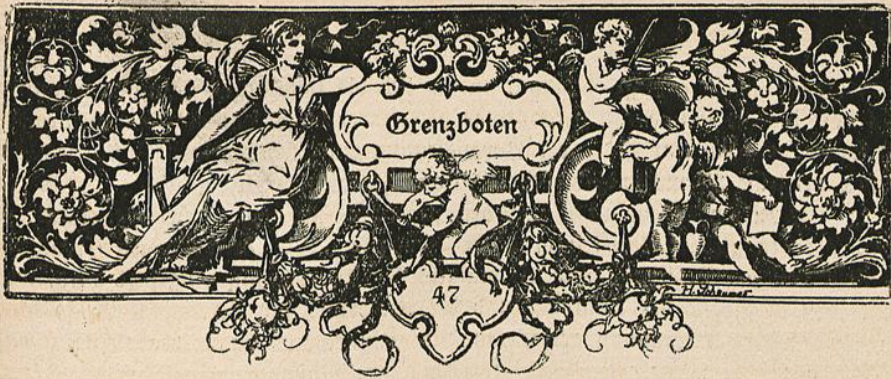
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kienitz, R. von: Kriegsziele

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Kriegsziele

Von R. von Kienitz (im Felde)



ragt man bei einem Handel des täglichen Lebens die Parteien nach ihren Zielen, so antwortet der eine: möglichst billig zu kaufen, der andere: möglichst teuer zu verkaufen. Danach brauchte nun freilich nicht erst gefragt zu werden. Aber können sie denn vernünftigerweise mehr sagen? Wenn auch jeder von beiden daneben noch seinen Plan hat, nötigenfalls bis zu der und der Preisgrenze zu gehen, so darf er sich das doch nicht merken lassen, weil der Gegner es als ein Zugeständnis behandeln würde, über das hinaus er nun erst recht weiterfeilscht. Das ist so klar, daß wohl nirgends auf der Erde anders verfahren wird außer — bei uns mit den sogenannten Kriegszielen.

Aber reden denn nicht auch die Gegner und die in ihrem Dienste stehenden Neutralen von Kriegszielen? Werfen sie nicht gerade uns vor, daß wir durch Verschweigen unserer Kriegsziele den Frieden behindern? Und dabei haben wir doch gar nichts verschwiegen! Im Gegenteil —

Similia docent. Betrachten wir einmal die Erde, wie sie bis 1914 verteilt war, als ein beinahe schon festgefügttes Staatsgebilde, in dem England den Fürsten mit seiner Regierung bedeutet, die anderen Großmächte — außer den Mittelmächten — die Pairs darstellen, die den Herrscher mit seinem Schutze und seinen Zugeständnissen vorläufig bequem finden, und die Mittelmächte die Revolutionäre sind. Inzwischen spielen die Neutralen — ob dort die Staatsleiter oder die Parteien den Ausschlag geben, ist dabei gleichgültig — die Rolle der sogenannten Gutgesinnten, die sich in gottgewollter Abhängigkeit und wirtschaftlichem Genüge glücklich fühlen und deren Verständnis gegenüber jenen Revolutionären zumeist auf der sittlichen Höhe des bekannten Scherzwortes steht: Kinder, wie kann man so sein; ich weiß nicht, wie man so sein kann! Im Kampfe mit der Revolution verlangt die Regierung naturgemäß zunächst Beseitigung dessen, was die Revolutionäre bereits vor sich gebracht haben — Restitution und Reparation — und darüber hinaus stellt sie als Ziel auf: Garantien. Das ist zwar dem Wortlaute nach ein sehr dunkler Begriff. Aber die Pairs sind verständnisinnig und die Gutgesinnten sind schlechthin gläubig. Sie brauchen dazu gar nicht erst von der Regierung „gekauft“

zu werden; ihnen genügt es schon, wenn sich die Gnadenföhne nicht verdunkelt. So darf die Regierung mit ihrer Presse getrost behaupten, absolut klar gesprochen zu haben, nämlich klar unter der Voraussetzung eines allgemeinen Instinktes, der richtig versteht: Vernichtung der Revolution.

Das Ziel der Revolution kann dem gegenüber zunächst natürlich kein anderes sein, als: möglichste Vereitelung dieser Drohung. Wie ihren eigenen Errungenschaften von der Regierung nur die einfache Verneinung entgegengesetzt wird, weil in diesem Maße sie der Angreifer und die Regierung der Verteidiger ist, so kann sie die auf ihre Vernichtung gerichteten Maßnahmen nur damit beantworten, daß sie sich mit allen Mitteln zur Wehr setzt, bis jene Maßnahmen gebrochen sind und sie wenigstens erst die grundsätzliche Daseinsberechtigung durchgesetzt hat. Wann dieser Zeitpunkt gekommen sei, ist nicht eine Frage der Verhandlung, sondern des Kampfes. Bis dahin ist jede weitere Erklärung ohne Plan und Ziel. Fordert die Revolution laut die Beseitigung der Regierung, so wird alles, was dieser Regierung anverwandt und zugetan ist, mit Entsetzen und Bedauern die unseligen Revolutionsmassen beklagen, die von verworfenen Führern zum Umsturz der Weltordnung angetrieben werden, und das ist ein fragwürdiger Erfolg, solange diese Führer die Regierung nur mit dem Munde, aber nicht mit der Tat zu stürzen vermögen. Bittet die Revolution nur um ein bescheidenes Maß der Duldung, über das hinaus nichts weiter begehrt werde, so wird sie nichts anderes erreichen, als eine Quittung über mangelndes Rechtsbewußtsein und Hohn darüber, daß solche Gesellschaft noch Duldung erwarte.

Ob im einen oder anderen Falle der schließliche Ausgang des Kampfes praktisch dadurch beeinflusst wird, mag dahingestellt bleiben. Der Regierung werden beide Erscheinungen zur Bewegung der eigenen Massen willkommen sein, entweder das Bekenntnis des Verzichtes, d. h. der Unterwerfung, oder das Bekenntnis des Begehrens, d. h. des Angriffes. Namentlich dieser letzte Punkt ist von Bedeutung, da mit der Länge und dem Graufen des Kampfes die Frage in den Massen beiderseits immer lauter wird: wer ist an dem Schrecknis schuld? Wer hat angefangen? Dem Angreifer erkennt man am Begehren, an seinen „Zielen“, während der Verteidiger, der nur abwehrt, ein eigentliches Ziel nicht hat. Denn die Abwehr ist an und für sich nur eine Verneinung des Angriffes, hat also schon im sprachlichen Sinne kein rechtes Ziel.

Das ist — um nun aus unserem Bilde in die Wirklichkeit zurückzukommen — der innere Grund, weshalb unsere Gegner und ihre Presse so dringlich die Bekanntgabe unserer Kriegsziele verlangen. Sie möchten von uns gar zu gern das Bekenntnis haben, entweder daß wir verzichten, oder daß wir zugeben, die Urheber des Krieges zu sein. Das klingt zwar unlogisch, weil unser Wunsch, uns bei der großen Entscheidung der Zukunft vor künftigen Angriffen zu sichern, mit der Urheberschaft des Krieges gar nichts zu tun hat. Aber da setzt die Regierungsmaschine unserer Gegner und die satte Heuchelei der oben sogenannten „Gutgesinnten“ mit dem post hoc propter hoc ein: Ihr wollt Grenzberichtigungen? Oder Bürgschaften wegen Belgiens? Oder sonstwas? Also seid ihr deshalb in den Krieg gezogen!

Natürlich ist das eine unwahre Entstellung. Das weiß jeder einigermaßen denkende Mensch, vollends jeder Zeitungschreiber und jeder Staatsmann hübn

wie drüben. Seit Jahren war es schon zu einer Art diplomatischer Examensfrage geworden: wie können die Mittelmächte es anstellen, der Erdrosselung zu entgehen, ohne das Odium des Angriffes auf sich zu laden und damit den Gegnern die Möglichkeit zu geben, ihren Völkern den Bündnisfall vorzutauschen? Das Problem war auf die Dauer unlösbar. Die Gegner konnten abwarten, weil die Mittelmächte schließlich doch einmal in den saueren Apfel beißen mußten. Deshalb ist der große Krieg nicht bereits 1908 ausgebrochen, und Edward der Siebente mußte, sehr gegen seinen persönlichen Wunsch, sein Werk unvollendet verlassen. Daß trotzdem 1914 auch der äußere Anstoß von den Gegnern kam, verdanken wir dem Übereifer des russischen Agenten in Belgrad, der seine Meute nicht mehr abpfeifen konnte. Aber auch das half nichts, weil wir dann einen Angriff großen Stiles gegen das englische Interesse richteten. Die Enthüllungen des Suchomlinowschen Prozesses haben die englische und die ihr verwandte Publizistik jetzt wieder auf den Plan gerufen, und man beargwöhnt die deutsch-österreichischen Verhandlungen vom Juli 1914, um vielleicht einen „Angriff“ Deutschlands daraus herzuleiten, daß es Österreich-Ungarn nicht daran hinderte, gegen das weitere Abmorden seiner Dynastie Sicherung zu verlangen. Das ist sehr geschickt auf das Verständnis der Masse berechnet. Denn die Masse wird immer geneigt sein, den Urheber der ersten Handlung, die nach dem äußerlichen Eindrucke zum Kriege führte, als den Urheber des Krieges anzusehen. Den inneren Vorgang, daß dieser Urheber zu seiner Handlung vom Gegner gezwungen worden war, versteht die Masse nicht.

Allerdings macht es die Masse allein nicht. Die gesamte englische Intelligenz weiß, was Edwards des Siebenten Plan und Arbeit war, weiß, was sie selbst will und gewollt hat, und weiß, daß das ganze Spiel englischer Heiligkeit mit samt den frivolen Offenbarungen des englischen Strohmannes Wilson nichts ist, als Blendwerk. Gerade darum aber wird England begierig nach jedem Strohalm der Selbstrechtfertigung greifen. Denn schon jetzt bei der Bearbeitung der Massen, vollends nachher bei der Abrechnung, je weniger England mit dem vollkommenen Erfolge der Vernichtung Deutschlands abschließt, ist die Lüge eines ganzen Volkes zum mindesten unbequem, selbst für englische Verhältnisse. Mit der öffentlichen Behauptung deutscher Eroberungsgelüste in Belgien überreichen wir England jenen Strohalm, ja: nicht nur einen Strohalm, sondern den Tragebalken des inneren Bewußtseins, und das ist um so gewisser, als man sonst nicht recht versteht, was solche Behauptung uns selbst sachlich nützen könnte. Belgien ist für England eine sehr empfindliche Stelle, weil England hier allzusehr interessiert, übrigens auch im Augenblicke durch die seinerzeit übernommene Gewähr für Belgiens antideutsche Politik angefaßt der bisherigen Folgen dieser Politik allzu sehr festgelegt ist. Wer mit Gelüsten auf Belgien das englische Volk einzuschüchtern plant, kennt die englische Geschichte nicht. Im Gegenteil: er wird es nur bestärken.

Zu Anfang des Krieges hat wohl jeder deutsche Mann mehr oder weniger in Eroberungsphantasien geschwelgt. Das ist eine ganz natürliche Einwirkung, die der Krieg an sich auf die Volkseele ausübt, und hat mit der Politik des Staates nichts gemein, wie ja auch der einzelne seine Phantasien nicht zu verantworten braucht. Gedanken sind zollfrei, und das gilt auch weiterhin. Wenn

auch die allgemeine Anschauung inzwischen klarer und nüchterner geworden ist, so bleibt es doch jedem überlassen, immer noch in seinen Gedanken Belgien, London, Paris usw. zu erobern. Nur kommt dann die Grenze. Nach einem bekannten Worte Börnes unterscheiden sich die Klugen von den anderen wesentlich dadurch, daß sie ihre unreifen Gedanken bei sich behalten. Ein Ausposaunen wird um so bedenklicher, je weniger es den tatsächlichen Stärkeverhältnissen entspricht. Kann man jene Eroberungspläne durchführen, so möge man es tun. Zum Reden ist nachher immer noch Zeit. Kann man es nicht, so gibt man nur dem Gegner die Befugnis, die tatsächliche — und das heißt in der Politik: die moralische Ungehörigkeit des Begehrens geltend zu machen. Im eigenen Lager wird vollends auf diesem Wege nichts erreicht, vielmehr nur geschadet. Es ist nicht wahr, daß die Pflichttreue und Hingebung unserer Truppen durch die Aussicht, Ostende zur dauernden deutschen Garnison zu machen, gesteigert werden könnte, und es ist eine leichtfertige und gefährliche Kränkung, der weit überwiegenden Masse des deutschen Volkes und des deutschen Heeres, die auf die Garnison Ostende keinen besonderen Wert legt, deshalb den patriotischen Siegeswillen abzusprechen.

Ebenso verkehrt ist es freilich, wegen des vermeintlichen politischen Ungeschicks des einen Volksgenossen, dessen öffentliche Forderungen zu weit zu gehen scheinen, nun das Gegenteil der ganzen Welt zu verkünden. Auch hier sollten schon der Ernst und die Gewalt der Tatsachen vor unnötigen Reden warnen. Sollen wir zugrunde gehen, so wird sich das ja herausstellen, auch ohne unseren vorherigen Verzicht. Bestehen wir aber den Krieg, so wird sich erst recht zeigen, was wir nach Lage unserer Kraft schließlich zu unserer Sicherheit werden verlangen können, und alle vorherigen Reden und Bekanntmachungen werden sich dann, soweit sie dem schließlich tatsächlichen Ergebnis widersprechen, als bodenlos erweisen. Unser gutes Recht, uns aus der Edwardschen Verstrickung herauszuhauen, ist für alle Wissenden hüben und drüben innerlich so klar, daß vorherige Selbstbeschränkungen nicht recht verständlich erscheinen werden, wenn man nicht annehmen soll, daß sie von der Ohnmacht diktiert seien. In der Tat ist denn auch dieser Schluß allemal von der gegnerischen Publizistik prompt gezogen worden, und daß damit dem Gegner ein Heilmittel zur Belebung seiner Massen in die Hand gegeben wird, ist nicht ganz abzuweisen. Allerdings braucht diese Gefahr nicht gerade überschätzt zu werden. Auch die feindlichen Völker können schließlich nicht völlig im Dunkel gehalten werden; unsere vermeintliche Ohnmacht wird ihnen angefaceit unserere Erfolge zweifelhaft erscheinen müssen; und die „Belebung“ wird durch die Erkenntnis der eigenen Lage und durch das Bewußtsein, bis zum letzten bitteren Ende durchhalten zu müssen, vermutlich gründlicher besorgt, als durch die Ausführungen ihrer Presse, deren Richtigkeit sie nunmehr drei Jahre lang zu prüfen Gelegenheit hatten. Wichtiger und ernster ist dagegen die Gefahr, daß das Ziel, das man mit Mäßigungserklärungen zu erreichen hofft, gerade mit diesem Mittel mehr und mehr verbaut werden könnte.

Alle derartigen Bestrebungen, Reichstagsresolution und Papstnote eingeschlossen, beruhen im letzten Grunde auf derselben Vorstellung, die sich bei uns am deutlichsten in der sogenannten Unabhängigen Sozialdemokratie ausdrückt: daß nämlich die Menschheit von Natur irgendein Empfinden gemeinsam habe,

das ihr die gemeinsame Erhaltung wertvoller als die gegenseitige Vernichtung erscheinen lasse, das also versöhnlich wirke; wobei nur über Art und Maß dieser Wirkung die Anschauungen noch auseinandergehen. Diese Vorstellung ist irrig. Was der Menschheit gemeinsam ist, ist allemal eine rein tatsächliche Erscheinung, nicht Sache der Empfindung. Der Gleichartigkeit des Daseins entspricht jeweilig eine Gleichartigkeit der Interessen. Wo diese aber fehlt, geht der Mensch über den anderen hinweg, wie das Insekt. Die Gleichartigkeit der Interessen geht zuweilen sehr weit, wie z. B. beim Geldinteresse. Daher die sogenannte Internationalität des Kapitals, der gegenüber auch die Arbeiterbewegung international wurde, weil ihr im Kampfe gegen jenes Kapital eine nationale Beschränkung hinderlich erschien. Sobald durch den Krieg die Internationalität des Kapitals zeitweilig unterbunden wurde, schwand auch die Internationalität der Arbeiterbewegung. Nachher werden beide wieder erscheinen; aber in jenem entscheidenden Augenblick erwies sich die sozialdemokratische Theorie, mit der roten Internationale jeden Krieg verhindern zu können, als eitel Dunst. Allerdings gibt es wohl eine Art dauernder Gleichartigkeit der Interessen, das ist die Gleichartigkeit oder Gemeinsamkeit derer, denen die Geltendmachung ihrer Interessen versagt wird; daher es bekanntlich im Unglück tröstlich ist, Gefährten zu haben. Aber das ist eben bloße Negation. Sobald hier wieder positive Interessen entstehen, ist es zunächst mit der bisherigen Gleichartigkeit zu Ende. Ob und wie eine neue entsteht, ist eine praktische Frage, die sich sicherlich nicht nach jener Übereinstimmung in der Negation entscheidet. Anders wird es auch in Stockholm nicht zugehen.

Bezeichnend ist das Schicksal der Papstnote. Der weltliche Statthalter der Gottheit, der die Seelen bindet und löst, findet kein Gehör bei seinen Gläubigen, weil deren Interessen zurzeit anders laufen. Nur bei den Mittelmächten zeigte sich wenigstens Verständnis. Aber das hat, abgesehen von dem allgemeinen Friedenswunsche, den nachgerade jeder Mensch hegt, seinen besonderen Grund auch darin, daß die katholischen Untertanen der Mittelmächte zumeist Deutsche sind, die immerhin der kirchlichen Autorität zugänglicher sind als andere. Selbst dieselbe Religion wird von ihren Angehörigen ja ganz anders aufgefaßt: der Romane sieht mehr eine soziale, der Slave mehr eine nationale Einrichtung; dem Engländer ist der cantus (cant) wesentlicher, und dem Deutschen die transzendente Vorstellung. Jedenfalls ist die Verdächtigung unserer Gegner, der Papst habe auf Anregung Deutschlands oder Osterreichs gehandelt, ganz abwegig. Denn ganz abgesehen von dem sehr geringen Einflusse, den die Mittelmächte bei der heutigen Kurie haben, ist das eigene Interesse der Kirche zu offenbar, als daß sie irgendwelcher Anregung bedurft hätte. Der Papst befürchtet mit Recht einen Niedergang der abendländischen Kultur, die er vertritt, zugunsten anderer. Aber das hat ihn nicht davor bewahrt, daß die Mehrzahl der vermeintlichen Anhänger dieser Kultur ihm die Gefolgschaft versagt, weil die Menschheit, oder richtiger: die verschiedenen Menschheiten, die anglo-amerikanische, die romanische, die slawische, die osmanische und die deutsche, zuzüglich der ganz anders orientierten asiatischen, augenblicklich für die Kultur zu wenig Interesse haben können.

Danach ist der Erfolg, der der bekannten Reichstagsresolution beschieden gewesen ist, nicht weiter verwunderlich. Sie war sicherlich gut und würdig gemeint, und das Geschrei der gegnerischen Presse von verworfener Heuchelei, und

wie man sich sonst drüben auszudrücken pflegt, war nur der Ausdruck der ersten Verlegenheit, daß man nicht gleich wußte, was man sagen sollte. Aber der Grundton kam bald durch: nun, das versteht sich ja von selbst; und was weiter? In dieser Tonart würde es natürlich weitergehen, wir mögen bieten, was wir wollen. Lassen wir die Debatte über Elsaß-Lothringen zu, so wird nach dem übrigen linken Rheinufer gefragt, und so weiter in infinitum, bis schließlich sogar Edwards des Siebenten Pläne wie eine gnädige Strafe erscheinen würden. Unserem äußeren Ansehen ist also mit diesem Verfahren nicht genügt worden, weder bei den Feinden, noch bei den Neutralen. Wahrscheinlich glaubt das auch bei uns kaum jemand noch, wenigstens innerlich. Auf der anderen Seite ist freilich, wie oben schon betont, die von den Gegnern der Reichstagsfraktion mit Erbitterung hervorgehobene Folge, daß die Feinde in ihr ein Zeichen unserer materiellen Schwäche sehen müßten, schon deshalb nicht zu schwer zu nehmen, weil die Resolution immerhin die Integrität unserer früheren Stellung als unbedingtes Erfordernis aufstellt und auch mit dem allgemeinen Ausdruck des Ablehnens von Annexionen der künftigen Interessenregelung noch nicht vorgreift. Aber ein anderer Schaden kann verursacht worden sein, der auch durch den vermeintlichen Nutzen innerpolitischer günstiger Wirkungen nicht würde aufgewogen werden können, weil Krankheiten am eigenen Volkskörper, sofern solche wirklich bestehen, mit einer Stärkung des Feindes nicht geheilt werden würden.

Eine Stärkung des Feindes scheint nämlich in Frage zu kommen. Sene überstürzende Gegenfrage nach weiteren Zugeständnissen unsererseits bringt nicht nur den im Kriege üblichen Hohn, sondern auch ein gar nicht unnatürliches Rechtsbewußtsein zum Ausdruck. Wie im bürgerlichen Rechtsstreite ein Vergleichsvorschlag den Gegner, gerade je mehr Angst er hatte, von neuem ermutigt, ihm seine Sache besser erscheinen läßt, so wird hier der Frevel unserer Feinde dadurch, daß man debatemäßig auf ihn eingeht, vor ihnen selbst beschönigt. Beide Richtungen unserer Kriegszielbekanntmachungen ergänzen sich so in negativer Wirkung. Begründet das Eroberungsbegehren bei den Feinden das formelle Bewußtsein, daß sie die Angegriffenen seien, so fügt die Mäßigungserklärung das materielle Bewußtsein hinzu, daß ihre Sache ja gar nicht so schlecht sei. Daß sie daraufhin ihre Genossenschaft mit allen Gegenseitigkeitsverpflichtungen liquidieren werden, ist wenig glaublich. Im Gegenteil wird jeder den anderen um so mehr zum Festhalten an der gemeinsamen „guten Sache“ mahnen: seht! Der Angreifer schränkt seinen Anspruch selbst ein; also bekennet er, im Unrecht zu sein; also sind wir diejenigen, die für Freiheit und Zivilisation kämpfen usw. Für das eigentliche diplomatische Geschäft an und für sich, für die *informata conscientia* der leitenden Staatsmänner und ihre tastenden Verhandlungen gilt das zwar nicht. Aber deren Stellung in den Verhandlungen wird schließlich von dem Bewußtsein ihrer Völker bestimmt. Und da wiegt das erörterte Bedenken schwer.

Es ist müßig, jetzt noch über Geschehenes zu rechten, da die Tatsachen unabänderlich sind. Wenn aber auch im Augenblicke eine weitere unmittelbare Gefahr noch nicht droht, so soll es doch für die Zukunft und im Interesse unseres kämpfenden Heeres einmal ausgesprochen werden, daß all diese Kriegszielerklärungen, -debatten, -resolutionen usw. im günstigsten Falle zwecklos sind, wahrscheinlich aber geradezu schaden.

Das gilt aber schließlich auch weiter für die gesamte politische Debatte. So seltsam an sich schon in Zeiten ernstester Tat ein bloßes Gerede anmutet — die Römer nannten das mit trefflichem Hohne *verba facere* —, so sollte man sich schließlich einmal das Folgende klar machen: zwei Drittel aller Reichstagswähler können sich zurzeit an der Politik gar nicht beteiligen. Alles was jetzt daheim „in Politik gemacht“ wird, ist vorläufig unwirkliche Arbeit. Denn jene zwei Drittel werden nachher doch machen, was sie wollen, nicht was andere inzwischen für sie gewollt haben. Nicht einmal daß Gefahr im Verzuge wäre, kann man einwenden, da selbst bei ärgster politischer Umwälzung das entscheidende Prinzip des Augenblickes, die Durchführung des Krieges gegen völlig intransigente Gegner, in nichts geändert werden und immer erst nachher an die Aufgabe herangetreten werden könnte, die Sache endgültig zu regeln, und zwar im Geiste jener zwei Drittel zu regeln. Es ist freilich sehr schwer, wenn nicht unmöglich, die sogenannte allgemeine Stimmung bei einer solchen Millionenmasse zu ergründen. Nach allen Anzeichen und nach der gesunden Vernunft des Krieges wird man aber zum mindesten sagen dürfen, daß die überwiegende Mehrzahl dieser Männer, unbeschadet aller Parteirichtung und aller vor drei Jahren eingetrichterten Parteidisziplin, den Kopf schüttelt, wenn während der furchtbarsten Schlachten, die die Welt kennt, daheim z. B. darüber gestritten wird, ob Bundesratsmitglieder in den Reichstag gewählt werden können. Schon ihr Instinkt muß sich dagegen wehren, in ihrer schweren Arbeit durch solches Gerede veralbert oder gar durch eine sichtlich ganz erfolglose Kannegießerei über Kriegsziele gestört und wahrscheinlich gefährdet zu werden.

Daß der eine oder andere Parteiheld seinen Namen gern in das gerade offen liegende Buch der Geschichte eintragen möchte, ist menschlich verständlich. Aber die Geschichte ist schließlich groß und gerecht und wird, wenn sie Schaden feststellen muß, der Eintragung die *macula notae* nicht ersparen.

